

Europa: Aktuelle Konflikte im Zusammenleben der Kulturen - ein notwendiger Lernprozess?

Peter Altmaier MdB

Liebe Frau Beck, lieber Klaus Barwig, meine Damen und Herren,

erstmal herzlichen Glückwunsch zu 20 Jahren Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht.

Ich habe vorhin nachgedacht. Mein erster Auftritt bei Ihnen an einem Sonntagmorgen war genau vor 10 Jahren, zur Halbzeit, gemeinsam mit Cem Özdemir. Wir waren beide einige Wochen Mitglied des Deutschen Bundestages und er hat mich anschließend mit seinem 2CV zum Stuttgarter Hauptbahnhof gebracht.

Das war eine Zeit damals, wo es wirklich viel Aufbruch gab. Wo es innerhalb der CDU Diskussionen gab über die Frage, was man falsch gemacht hat in der Ausländer- und Integrationspolitik, wo man sich öffnen muss, wo es auf kommunaler Ebene Arbeitskreise, Initiativen gab in unserer Partei. Wo umgekehrt auch bei vernünftigen Kolleginnen und Kollegen bei Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, die Frage gestellt wurde, ob die eine oder andere radikale Forderung wirklich so wichtig ist, oder ob es nicht sinnvoll ist, in dieser Frage zu einem Konsens zu kommen.

Und es gab wirklich Aufbruch und es gab Hoffnung, damals Anfang/Mitte der 90er Jahre. Und wenn wir uns heute die Situation vergegenwärtigen, eine Unterschriftenkampagne, eine Runde Kopftuchstreit, und viele andere Debatten später stellen wir fest, dass sich leicht im juristischen Bereich das eine oder andere geändert hat, aber die tatsächlichen Probleme in der Gesellschaft nach wie vor ungelöst sind und das Klima sich verschlechtert hat.

Wir sind alle daran schuld, die politische Klasse über alle Parteigrenzen hinweg.

Ich glaube es gibt auch Gründe die erklären können, warum es heute so viel schwieriger geworden ist. Der 11. September ist sicherlich ein Grund, ich komme darauf noch mal zurück. Aber viel wichtiger ist aus meiner Sicht die anhaltende wirtschaftliche Strukturkrise, die jetzt seit über 10 Jahren das Land befallen hat und die dazu führt, dass es für immer breitere Bevölkerungsgruppen immer mehr Einschnitte in den realen Lebensstandard, in die Kaufkraft gibt, was natürlich dazu führt, dass zusammen mit Existenzängsten im Hinblick auf den Beruf, im Hinblick auf die soziale Absicherung, dann auch die „Großzügigkeit“ Zugeständnisse zu machen, natürlich leidet.

Das sind Erklärungen. Es sind aber keine Entschuldigungen. Weder für die Kolleginnen und Kollegen auf meiner Seite des Spektrums, noch für die auf der anderen Seite. Ich sehe meine Nachbarin, die Frau Theobald, die bei der Caritas ist, dort sitzen, die fragt mich manchmal auch, sag mal Peter, vor 10 Jahren, vor 5 Jahren noch, da hat man dich ab und zu im Fernsehen zu diesen Themen gesehen und man hat dich in Zeitungen dazu gelesen mit Thesen, die durchaus nachdenkenswert waren. Das ist sehr viel ruhiger geworden. Dann sag' ich immer: Ja, ich gebe ja zu, auch ich habe mich dann eher auf

Zuwanderungsrecht: Vom Provisorium zur Einwanderung?

20 Jahre Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht

28.-30. Januar 2005 Stuttgart-Hohenheim

Nebenkriegsschauplätze zurückgezogen. Aber ich lege Wert auf die Feststellung, widerrufen habe ich meine Überzeugungen nie.

Und ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Dass Sie von uns, die wir in der Politik sind, auch verlangen, dass wir auf billigen Populismus verzichten, auch dann wenn der Populismus vielleicht dazu führt, dass man die eine oder andere Wählerstimme bekommen kann.

Ich hätte ihnen gerne mal heute morgen eine Liste mitgebracht, von Zitaten zur Ausländerpolitik, Ausländerintegration, aus den letzten 6 Jahren, und sie dann gebeten anzukreuzen, ob sie glauben dass diese Zitate von Manfred Kanther stammen, von Günter Beckstein oder von Otto Schily. Sie hätten sich gewundert, was da raus gekommen wäre, meine Damen und Herren, und, ich erinnere mich, und es liegt mir auf der Seele, deshalb bringe ich es an.

Ich erinnere mich an eine typische Szene im Deutschen Bundestag vor Weihnachten: Wir hatten eine Debatte zum Thema, und dann hat Franz Müntefering der CDU/CSU vorgeworfen, im Grunde wollten wir von den Ausländern, dass sie sich assimilieren. Ich habe mir schon überlegt, ob ich mit Abscheu und Empörung das von uns weisen sollte, denn wir haben nie verlangt, in keinem einzigen Beschluss, es soll sich irgendjemand assimilieren. Aber dann meldet sich der Bundesinnenminister zu Wort, geht ans Mikrofon und sagt, er würde ja mit Herrn Müntefering in vielen Punkten übereinstimmen, aber es sei der Hinweis doch erlaubt, verboten sei Assimilation doch schließlich auch nicht.

Meine Damen und Herren, juristisch hat er natürlich recht. Sie ist nicht verboten. Sie ist jedem überlassen, und trotzdem hängt es von uns Politikern ab, wie wir diese Themen in die Öffentlichkeit hinein kommunizieren. Ich habe mich gewundert, mit welcher Selbstverständlichkeit die Ereignisse in den Niederlanden, nach dem Mord an Theo van Gogh, bei uns, aber auch, Kees Groenendijk wird ja wahrscheinlich nachher noch etwas dazu sagen, in den Niederlanden von meinen eigenen politischen und anderen Freunden kommentiert worden sind.

Da ist gesagt worden, Multikulti sei gescheitert. Man kann ja über das Thema ernsthaft diskutieren, nur, meine Damen und Herren, wenn ein einziger Verrückter etwas macht, was auch noch so schlimm und verwerflich ist, zu sagen, nur weil dieser eine Verrückte durchgedreht hat, ist eine ganze Politik gescheitert.

Ich halte eine solche Diskussion nicht nur für unseriös, ich halte sie geradezu für brandgefährlich. Und ich könnte ihnen Zitate nennen über das Scheitern von Multikulti, von CDU/CSU bis Bündnis90/Die Grünen. Ich hatte 2, 3 Tage danach mit Volker Beck eine Diskussion bei Maischberger zu dem Thema „Was lernen wir aus den Niederlanden“. Auch da hätte man anschließend so einen Blindtest machen können, welches Zitat stammt von Beck und welches von Altmaier. Es war erstaunlich, wie schnell Volker Beck plötzlich Argumente übernommen hat aus der Zuwanderungsgesetz-Debatte, die er vorher jahrelang bekämpft hat. Und hier müssen wir, finde ich, als Politiker auch den Mut haben, zu differenzieren.

Zu differenzieren insbesondere im Hinblick darauf, dass eben Islam und Islamismus nicht ein und dasselbe sind. Das ist doch der entscheidende Punkt.

Ich habe mich nach dem 11. September immer gefragt, nachdem in den USA dort die zentrale Trauerkundgebung am New Yorker Stadion mit Vertretern aller wichtigen Religionsgemeinschaften, die in dieser Stadt zusammen leben, möglich war, warum wir es in der Bundesrepublik Deutschland nicht geschafft haben, dort wo es ähnliche Trauerfeiern gab, wenigstens den örtlichen Imam oder einen Vertreter der jüdischen Religionsgemeinschaft mit an diesen Trauerfeierlichkeiten zu beteiligen. Da sind die

Zuwanderungsrecht: Vom Provisorium zu Einwanderung?

20 Jahre Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht

28.-30. Januar 2005 Stuttgart-Hohenheim

Amerikaner, obwohl sie viel stärker auch zur Repression bereit sind, wo sie es unter dem Gesichtspunkt der Kriminalitätsbekämpfung für notwendig halten, dann aber auch viel großzügiger wenn es darum geht, die Integrations-signale zu setzen.

Das ist nun etwas, wo wir, glaube ich, auch einen politischen Fehler gemacht haben. Das wir geglaubt haben, dass derjenige, der für Repression ist, bei der Gewaltbekämpfung automatisch gegen Integration ist. Wenn er für Integration ist, dann muss er automatisch gegen Repression sein. Nein, ich bin der Auffassung, es ist genau umgekehrt. Wenn man anerkennt, und weiß, dass es eine kleine Minderheit von gewaltbereiten Islamisten in den Niederlanden ebenso wie in Deutschland gibt, dann muss man auch, meine Damen und Herren, bereit sein, dies nachdrücklich zu bekämpfen. Allerdings nicht, indem man dann die Integrationsangebote an die 99 %, die nicht gewaltbereit sind, zurückzieht oder reduziert, sondern indem man gerade eins drauf setzt, und sagt, eine vernünftige Repressionspolitik fordert auch vernünftige Signale zur Integration.

Wir haben übrigens in den Niederlanden ja das Problem, und das sage ich jetzt ohne jeden Vorwurf, aber wenn ich das richtige gezählt habe, haben ja letzten Endes mehr Moscheen gebrannt als Kirchen. Und wenn ich mir ansehe, die Diskussion, die es gab über Pim Fortuyn vor einigen Jahren, und die Diskussion, die es jetzt dort gibt, dann kann man auch einmal darüber nachdenken ob in den Niederlanden wirklich die Integration gescheitert ist, die Integration der Ausländer gescheitert ist, oder ob wir nicht vielleicht ein Problem der Integration der Inländer haben? Ich sage das nicht anklagend. Weil ich zum Beispiel weiß, dass in den Niederlanden, wo vieles 150%ig gemacht wird, dann auch an manchen Stellen übertrieben wird.

Ich sage das im Hinblick auf das Antidiskriminierungsgesetz. Sie werden da von mir keinen scharfen Ton hören. Aber, ein Freund hat mir vor Jahren schon gesagt, weißt du, wie man diese Zahl für Pim Fortuyn erklären kann? Du hast einen jungen Beamten im Ministerium, der arbeitet wie bekloppt, der ist brillant und gut, er steht zur Beförderung an, und dann sagt man ihm, pass' mal auf, eigentlich bist du ja der Beste den wir haben, aber wir haben eine Politik der positiven Antidiskriminierung zugunsten von Frauen. Leider muss in diesem Jahr die Frau befördert werden. Im nächsten Jahr kommt der Chef und sagt, du hast noch besser gearbeitet, aber du weißt, wir sind im Ministerium Schlusslicht in der Regierung, was Behinderte auf höheren Positionen betrifft, es geht in diesem Jahr auch nicht. Und im nächsten Jahr kommt er und sagt, pass auf, du wartest zwar schon drei Jahre, aber du weißt doch, wir müssen etwas dafür tun, dass wir die Migranten stärker integrieren, und irgendwann dreht er durch.

Das Anliegen der Antidiskriminierung ist ja durchaus berechtigt. Auch die positive Förderung. Nur muss man überlegen, zu welchem Zeitpunkt es mit welcher Intensität betrieben werden muss. Und deshalb glaube ich, dass wir eigentlich gut daran täten, die politische Debatte wieder auf das zu fokussieren, was eigentlich notwendig ist, nämlich die Integration.

Meine Damen und Herren, wenn bei uns Leute sagen, die Integration ist gescheitert in Deutschland, dann muss ich fragen, wie kann denn etwas gescheitert sein, was man über 40 Jahre nicht ernsthaft betrieben hat. Das ist doch der Punkt.

Was wir heute feststellen können ist, dass es auch bei uns eine Tendenz zu Parallelgesellschaften gibt. Selbstverständlich gibt es das in den großen Städten. Aber das wussten wir doch schon vor 10 Jahren. Und das war doch vor 10 Jahren der Ansatz dafür zu sagen, wir brauchen eine vernünftige Integrationspolitik. Und ich glaube auch, und da stimme ich Frau Beck insofern zu, dass es eben falsch ist zu meinen, man könnte Integration nur auf das Thema Sprachkompetenz reduzieren.

Zuwanderungsrecht: Vom Provisorium zur Einwanderung?

20 Jahre Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht

28.-30. Januar 2005 Stuttgart-Hohenheim

Selbstverständlich ist das Erlernen der deutschen Sprache eine wichtige Voraussetzung um Zugang zum Arbeitsmarkt und Aufstiegschancen zu haben. Nur, wenn sie es an die Sprachkompetenz alleine knüpfen, dann bin ich der Auffassung, dann ist die Integration der Saarländer nach Deutschland möglicherweise auch nicht ganz geglückt. Von den Baden-Württembergern ganz zu schweigen.

Also, meine Damen und Herren, wir müssen an dieser Stelle wirklich den Paradigmenwechsel, der eingetreten ist, nämlich von einem Integrationsansatz der gesagt hat, wir müssen diejenigen, die dauerhaft hier leben, auch ermuntern, und ihnen zeigen, dass sie dazu gehören, zu einer Politik, die sagt, wir stellen Forderungen, nach dem Motto „Vogel friß oder stirb“, wer die Forderung nicht erfüllt, der hat eben Pech gehabt. Das führt auch zu einer gesellschaftspolitischen Debatte, die wir nicht brauchen können.

Und die Diskussion über die Leitkultur? Ja die hat sich ja verflüchtigt. Aber: ernsthaft geführt worden, meine Damen und Herren, ist sie nicht. Ich persönlich habe überhaupt kein Problem mit einer Leitkultur. Sie finden eine Leitkultur in Großbritannien, Sie finden sie in Frankreich, nur, ich habe ein Problem damit zu sagen, sie muss verbindlich sein. Die Verfassung ist verbindlich und die Gesetze sind auch verbindlich. Aber Kultur ist per Definition etwas, was unverbindlich ist. Was sie auch dem Deutschen nicht vorschreiben können. Und aus diesem Grund, meine Damen und Herren, war ich so entsetzt, dass wir, nachdem die Diskussion vor zwei Jahren schon einmal geführt worden ist, und damals, wie ich fand, zwar nicht auf einem unbedingt hohen Niveau, aber doch zumindest engagiert, dass es jetzt nicht einmal den Ansatz eines Versuches gegeben hat, zu diesem Thema durchzudringen.

Und, liebe Frau Ausländerbeauftragte, ich kann Ihnen das nun nicht ersparen. Ich habe manchmal Verständnis für Ihren Innenminister, für Ihre schwierige Position, für die Position mancher Politiker in CDU und CSU, die, weil sie wiedergewählt werden wollen, weil sie Wählerstimmen brauchen, den einen oder anderen Kompromiss mit der öffentlichen Meinung machen.

Aber, ich habe mich wirklich gewundert, als kürzlich ein ehemaliger Bundeskanzler sich in der Bildzeitung und im Hamburger Abendblatt in einer Art und Weise verbreitert hat, nach dem Motto, es war ein Fehler Menschen aus fremden Kulturen in unser Land zu holen. Das führt dazu, dass die politische Diskussion in Deutschland auf die schiefe Ebene gerät. Es gibt dann einen Briefwechsel zwischen Helmut Schmidt und Lale Akgün, die für die SPD im Deutschen Bundestag sitzt, und sie hat ihm geschrieben: „Ich jedenfalls habe Ihre Thesen als tiefe Kränkung empfunden. Nicht nur wegen der Lebensleistung der Migranten der ersten Generation, die stets hart gearbeitet haben, sondern auch als fatales politisches Signal.“

Ich will heute Morgen keine Parteipolitik machen. Nur, meine Damen und Herren, was mich noch mehr gewundert hat, als die Aussage von Helmut Schmidt war, das die Welle der Empörung, die mit Sicherheit entstanden wäre, wenn Herr Kanther vor 10 Jahren ein solches Zitat sich erlaubt hätte, das diese Welle der Empörung und Distanzierung ausgeblieben ist. Und dass es ausgerechnet der Frau Akgün überlassen bleibt, dies anzusprechen und zu thematisieren, dass die Verantwortlichen der Koalition dort sitzen und schweigen, und das Ganze übergangen und vernachlässigt wird. Das ermuntert andere. Das ermuntert andere, mit diesem Thema in vergleichbarer Weise umzugehen.

Meine Damen und Herren, ich habe meine Redezeit wahrscheinlich mehr als ausgeschöpft. Ich habe eine pessimistische Bilanz oder eine wenig ermunternde Bilanz gezogen der letzten paar Jahre. Ich glaube allerdings nicht, dass es zwangsläufig ist, dass wir die Diskussion in dieser Form führen müssen. Es hat sich auch einiges zum Positiven verändert.

Zuwanderungsrecht: Vom Provisorium zur Einwanderung?

20 Jahre Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht

28.-30. Januar 2005 Stuttgart-Hohenheim

Als ich vor 10 Jahren bei Ihnen war, musste ich mich anschließend bei meinen Fraktionskollegen rechtfertigen für einen gemeinsamen Auftritt mit Cem Özdemir. Die Zeiten sind vorbei.

Wir haben heute auch keine Diskussion mehr darüber, ob wir den hier geborenen Kindern der dritten Ausländergeneration eine zeitlich befristete doppelte Staatsangehörigkeit einräumen. Wir haben, Herr Wiefelspütz hat es gesagt, in der Union inzwischen Innenminister, mit denen man vernünftig über bestimmte Bleiberechtsregelungen diskutieren kann.

Ich glaube, wir hatten vor 10 Jahren die Situation, dass wir ein gesellschaftspolitisch offenes Klima hatten, aber in vielen Bereichen noch restriktive Regelungen. Wir haben heute, wenn es um die Praxis geht, durchaus den einen oder anderen Fortschritt zu verzeichnen, aber leider Gottes einen Rückfall im gesellschaftspolitischen Klima. Wenn die Politik diesen Rückfall zulässt, dann wird sie in einigen Jahren mit Problemen zu kämpfen haben, da ist das, was sich die NPD heute in Sachsen oder sonst wo leistet, nur ein laues Lüftchen dagegen. Ich glaube es ist in unser aller Interesse, den Anfängen zu wehren.

Ich möchte mich bei Ihnen bedanken dass Sie mit ihren Tagungen einen Beitrag dazu leisten, die Diskussion auf eine sachliche und vernünftige Ebene zurückzuführen.